

## **Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 23.-24. März**

(Stand: 24.03., 16:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –  
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

# 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

## OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, [t.pushina@oa-ev.de](mailto:t.pushina@oa-ev.de), Tel: 030-206167128.

-----  
**ZDF:**

### **Ampel beschließt Entlastungspaket für hohe Energiekosten**

**Der Koalitionsausschuss hat heute bekannt gegeben, wie die Bürgerinnen und Bürger wegen der steigenden Energiepreise entlastet werden sollen.**

Die Spitzen der Ampel-Koalitionspartner SPD, Grüne und FDP haben sich auf ein Entlastungspaket angesichts der gestiegenen Energiepreise verständigt. Geplant sind unter anderem diese Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger:

- Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate
- Steuerliche Energiepreispauschale von 300 Euro
- Massive Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr
- Einmalzahlung für Familien in Höhe von 100 Euro pro Kind

Erstens werde es einen steuerlichen Sonderzuschlag in Höhe von 300 Euro geben, teilte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) mit. „Zum zweiten wollen wir die Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, Pendlerinnen und Pendler, Familien und Gewerbetreibende mit den steigenden Spritpreisen nicht im Stich lassen“, sagte er weiter. Beschlossen wurde demnach eine Absenkung der Energie auf Kraftstoffe für drei Monate auf das europäische Mindestmaß.

Der Spritpreis werde damit beim Benzin um 30 Cent pro Liter und beim Diesel um 14 Cent pro Liter reduziert. Zuvor war der Vorstoß Lindners für einen Tankzuschuss auf Widerstand bei den Koalitionspartnern gestoßen. SPD und Grüne wollen Mobilität zwar auch günstiger machen, plädierten aber dafür, Menschen mit kleinem Einkommen stärker zu entlasten.

Lindner sieht in der Einigung der Koalitionsspitzen einen Beweis für die Handlungsfähigkeit der Regierung. „Die Koalition ist der Überzeugung, dass wir die Menschen und die Wirtschaft

angesichts dieser enormen Preissteigerungen kurzfristig und befristet schützen müssen“, sagte er am Donnerstag.

Ampel will Bus- und Bahnfahrten so günstig wie nie zuvor machen

Die Koalition hat sich außerdem auf Maßnahmen zur Stärkung der „energiepolitischen Unabhängigkeit“ verständigt. Es gehe darum, Wirtschaft, Bürger und Souveränität in Europa zu stärken, sagte Grünen-Chefin Ricarda Lang.

Mit den vereinbarten Maßnahmen nehme man die Breite der Gesellschaft in den Blick, so Lang. Es sei aber unklar, was noch komme, wahrscheinlich könne nicht jede Belastung aufgefangen werden, fügte sie hinzu. Sie hob unter anderem die auf 90 Tage begrenzte Einführung eines 9-Euro-Tickets für den Öffentlichen Personennahverkehr hervor. „Wir machen Bus- und Bahnfahrten so billig, wie es in Deutschland wahrscheinlich noch nie war“, sagte sie.

Einmalzahlungen unter anderem für Familien geplant

Wie aus dem vorgestellten Beschluss ebenfalls hervorgeht, sollen Familien „schnellstmöglich“ für jedes Kind einen Einmalbonus von 100 Euro ausgezahlt bekommen. Der Bonus werde auf den Kinderfreibetrag angerechnet. Für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen werde die bereits beschlossene Einmalzahlung von 100 Euro um weitere 100 Euro pro Person erhöht.

Bundesregierung will unabhängiger von russischem Gas werden

Ziel der Bundesregierung ist es, angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland zu verringern. Ein Energieembargo lehnt die Bundesregierung ab.

[Hohe Energiepreise: Ampel beschließt Entlastungspaket - ZDFheute](#)

-----  
**Umfrage mit Bitte um Beteiligung bis 28. März**  
**Auswirkungen des Krieges auf deutsche Unternehmen in der Ukraine**

Wir möchten uns einen systematischeren Überblick zur aktuellen Situation deutscher Unternehmen in der Ukraine und den Folgen des russischen Krieges gegen das Land verschaffen. Wir sind zu diesen Fragen bereits mit der Bundesregierung in Kontakt. Um einen strukturierten Dialog initiieren zu können, bitten wir Sie, an unserer beigefügten Umfrage teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#). Wir bitten Sie um Rückmeldung **bis spätestens 28. März 2022**.

---

## **Plusminus – Auswirkungen des Krieges auf deutsche Unternehmen in der Ukraine und Russland**

Dieser Fernsehbeitrag des Magazins Plusminus (Minute 11:29 ) enthält auch ein Statement mit Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms (Minute 17:45).

[Video: Die Sendung vom 23.03.2022 - ARD | Das Erste](#)

---

## **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

---

## **Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen**

- Energieversorgung im BMWK: [buero-iiib6@bmwi.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwi.bund.de)
- Rohstoffe: [buero-ivb5@bmwi.bund.de](mailto:buero-ivb5@bmwi.bund.de)
- Sanktionsbezogene Fragen: [sven.sattler@bmwi.bund.de](mailto:sven.sattler@bmwi.bund.de)
  
- VB2 (Sanktionen).  
Referatsleitung  
Frau Dr. Conrad  
Herr Blaschke  
E-Mail: [Buero-VB2@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VB2@bmwi.bund.de)
  
- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.  
Referatsleiter  
Herr Andreas Neumann  
E-Mail: [Buero-VE1@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VE1@bmwi.bund.de)

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

## **GTAI-Sanktionsübersicht**

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/Russland-Ukraine-Konflikt)

-----

## **Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine**

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de/ua/ukraine)

-----

## **FAQ der Bundesbank zu Sanktionen**

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](https://www.bundesbank.de/pressenotizen/2022/02/22-01)

-----

**Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:**

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanktionstracker)

-----

## 2. Terminübersicht

### **25. März: Aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr MEZ**

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie zur 2. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 25. März 2022, 14.00 Uhr MEZ einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Donnerstag, 24. März um 16.00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart ([c.schuchart@oa-ev.de](mailto:c.schuchart@oa-ev.de)) oder Jens Böhlmann ([j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de)).

---

### **25. März: Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa zum Thema „Russland-Krise: wirtschaftliche Auswirkungen auf Mittelosteuropa“, 10:00 – 11:15 Uhr**

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Staaten Mittelosteuropas. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage.

Wir freuen uns, als Referenten u.a. folgende Personen begrüßen zu dürfen:

- Gunter Deuber, Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse, Raiffeisen Bank International AG
- Mario Holzner, Geschäftsführer, Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)
- Dr. Kai-Olaf Lang, EU/Europa Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder. Es gelten die Chatham House Rules. Bei Rückfragen steht Ihnen Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa ([a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de), Tel: +49 30 206167 138) gern zur Verfügung.

**28. März: „GAA\_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)**

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: [p.brodersen@oa-ev.de](mailto:p.brodersen@oa-ev.de)

-----

**29. März: Außerordentliche Arbeitskreissitzung zur Gesundheitswirtschaft in Osteuropa & GUS von Ost-Ausschuss und German Health Alliance, 9:00-10:00 Uhr (Online)**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA – German Health Alliance laden zur außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den aktuellen Wirtschaftssanktionen am 29. März 2022 (09:00 – 10:00 CET) via Microsoft Teams ein.

Im Rahmen unserer nächsten Sitzung stehen folgende Themen auf der Agenda:

- Aktuelle humanitäre Situation in der Ukraine & Hilfsaktionen in Deutschland #WirtschaftHilft
- Sanktionen und Auswirkungen auf den Gesundheitssektor/ Unternehmen in der Region Osteuropa

Die Sitzung findet in deutscher Sprache statt, teilweise Input in englischer Sprache und folgt der Chatham-House-Regel.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss- und GHA-Mitglieder. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de) Petya Hristova und Alexander Boxler (GHA).

-----

**29. März: ECFR-Online-Veranstaltung: The birth of geopolitical Europe:  
In conversation with Josep Borrell**

Tuesday, 29 March, 17:00 - 18:30 CEST  
ZOOM with Josep Borrell, High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy and Sylvie Kauffmann, Editorial Director, Le Monde  
Mark Leonard, Director, ECFR  
Jana Puglierin, Head of the Berlin Office, ECFR  
Marietje Schaake, International Policy Director, Stanford University Cyber Policy Center

Chaired by Jose Ignacio Torreblanca, Head of the Madrid Office, ECFR

RSVP [here](#).

**30. März: Online-Austausch mit dem Ersten Vizepremierminister der Republik Kasachstan Roman Sklyar von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr MESZ**

Im Rahmen des Meetings möchten wir uns über die Kooperationsmöglichkeiten in den Sektoren Transport und Logistik in Kasachstan informieren sowie die Herausforderungen der derzeitigen Situation, vor allem im Transitverkehr, eruieren. Die Arbeitssprachen des Treffens sind Englisch und Russisch mit Simultandolmetschung. Sie können sich bis zum 28. März 2022, 10:00 Uhr zu unserem Onlineformat anmelden. Wir werden allen angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig vor der Veranstaltung einen Link zusenden.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder bzw. Mitglieder des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Eduard Kinsbruner, [e.kinsbruner@oa-ev.de](mailto:e.kinsbruner@oa-ev.de)

-----

**30. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 Uhr**

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.hermesdeckungen.de)

-----

**7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg**

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de)



### 3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 23. März)

#### Rubel gegen Gas: Statement aus betroffenen Ländern

Am gestrigen Mittwoch kündigte der russische Präsident Putin an, russisches Gas in Zukunft nur noch gegen Rubel zu liefern. Wir haben dazu Stimmen aus verschiedenen Teilen Europas gesammelt:

#### Deutschland:

#### [Tagesspiegel](#)

Mit einem unerwarteten Schritt setzt der russische Präsident Wladimir Putin insbesondere auch Deutschland unter Druck und wagt einen Monat nach Beginn seines Angriffskrieges gegen die Ukraine eine weitere Eskalation. Der Schachzug könnte ein Aushebeln der westlichen Sanktionen bedeuten – und stellt auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) vor unangenehme Fragen. Im Zuge der Sanktionen waren geschätzt 400 Milliarden Euro an Reserven der russischen Zentralbank im Ausland eingefroren worden, es könnte mit dem Schritt versucht werden, den Rubel für die Kriegswirtschaft zu stützen. Vor allem aber könnten Gaslieferanten so gezwungen werden, Euros oder Dollars bei der Zentralbank in Rubel umtauschen zu müssen...

„Das ist eine Eskalation des Wirtschaftskrieges“, sagte Jens Südekum, Professor am Institut für Wettbewerbsökonomie an der Heine-Universität Düsseldorf zu Reuters.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) betonte: „Die Ankündigung, in Rubel zu bezahlen, ist in erster Linie ein Bruch der Verträge. Wir werden jetzt mit den europäischen Partnern darüber reden, wie wir darauf antworten.“ Die Gasversorgung für diesen Winter und für das Frühjahr sei gewährleistet. „Daraufhin haben wir gearbeitet, ohne zu wissen, dass es diesen massiven Krieg gibt. Aber das Russland kein stabiler Partner ist, das war seit Dezember klar. Man konnte dann sehen, dass die Speicher nicht ausreichend gefüllt sind“, betonte Habeck.

#### [Handelsblatt](#)

Die Anordnung von Russlands Präsident Wladimir Putin, dass die EU-Staaten und die USA ihre Gasrechnungen nur noch in Rubel zahlen, könnte den Westen indirekt zu einer Entscheidung zwingen, entweder die eigenen Sanktionen zu umgehen oder russisches Gas zu boykottieren.

Unklar ist, inwieweit die Maßnahme dem Kremlchef hilft oder ob er nur dem Westen Schaden zufügen will. Bisher ist es so: Erhält etwa Gazprom für eine Gaslieferung Dollar und tauscht diese bei der Zentralbank gegen Rubel ein, sind die Rubel genauso im Markt wie bei einem direkten Tausch des Westens seiner Dollar gegen Rubel.

Gazprom ist verpflichtet, 80 Prozent der Einnahmen in Rubel einzutauschen. Bei einem direkten Tausch der Importeure mit der Zentralbank wäre auf den ersten Blick der einzige Unterschied, dass 100 Prozent in Rubel eingetauscht werden müssten.

Spekuliert wird auch, dass Russland die Finanzmärkte mit frisch gedruckten Rubel fluten könnte, damit die westlichen Gasimporteure sich doch auf diesem Weg mit Rubel eindecken. Dieses Szenario scheint aber unrealistisch, da der Rubel-Kurs dann zumindest kurzfristig erst recht abrutschen würde.

### Tagesschau

Fakt ist: Gaslieferverträge sind Verträge zwischen russischen Unternehmen wie Gazprom und EU-Firmen wie OMV, Uniper oder E.ON. Diese Verträge sahen zwar bislang größtenteils die Bezahlung in Dollar oder Euro vor. Doch es sind nicht die russischen Unternehmen, welche plötzlich von sich aus erklären, nur noch Rubel zu akzeptieren. Es sind vielmehr die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Russland, die sich ändern. "Das ist kein Vertragsbruch, sondern die Vertragserfüllung ist objektiv unmöglich geworden", ist daher Commerzbank-Devisenexperte Ulrich Leuchtmann überzeugt.

Russland wolle die westlichen Länder dazu zwingen, ihre Sanktionen bei den russischen Banken zu lockern, meint etwa Vontobel-Rohstoffexpertin Kerstin Hottner. Nur unter dieser Voraussetzung wäre es den Gasimporteuren nämlich überhaupt möglich, ihre Währung in Rubel zu tauschen.

Der Commerzbank-Devisenexperte Leuchtmann hält dagegen, dass eine Bezahlung in Rubel grundsätzlich möglich sein dürfte, ohne Sanktionen zu brechen, solange einige Geschäftsbanken von den Sanktionen ausgeschlossen sind. Zwar seien neben der russischen Zentralbank auch einige Geschäftsbanken von Sanktionen betroffen - "aber eben nicht alle". Um Rubel zu erwerben, müsse niemand die Sanktionen gegen die russische Zentralbank brechen.

Die deutschen Energiekonzerne halten sich mit Reaktionen auf die Putin-Forderung aktuell auffallend zurück. So wollte sich der Uniper-Konzern auf Anfrage von tagesschau.de nicht dazu äußern. E.ON verwies auf eine Aussage seines Vorstandschefs Leonhard Birnbaum auf der Bilanzpressekonferenz, wonach der Energiekonzern keine langfristigen Lieferverträge direkt mit den Produzenten habe. Die EnBW-Tochter VNG ist nach eigenen Angaben dabei, "diesen Sachverhalt genau zu analysieren und in verschiedene Richtungen zu prüfen", wie ein Konzernsprecher gegenüber tagesschau.de erklärte. Offensichtlich wurden auch die Energieunternehmen von dem russischen Vorgehen komplett überrascht.

### Österreich:

Der österreichische Energiekonzern OMV will seine Zahlungen für russisches Gas vorerst nicht von Euro auf Rubel umstellen. „Ich dürfte so etwas gar nicht“, sagte OMV-Chef Alfred Stern am Mittwoch dem TV-Sender [Puls 24](#). Laut Vertrag seien die Rechnungen nämlich in Euro zu begleichen. Bislang sei die russische Seite noch nicht wegen dieser Angelegenheit

auf die OMV zugekommen. Achtzig Prozent des in Österreich gebrauchten Erdgases kommen aus Russland. Die teilstaatliche OMV importiert das Gas von Gazprom.

#### Italien:

Die italienische Regierung signalisierte ebenfalls ihre Abneigung. „Meiner Meinung nach zahlen wir in Euro, weil die Zahlung in Rubel eine Möglichkeit wäre, Sanktionen zu verhindern, also denke ich, dass wir weiterhin in Euro zahlen“, sagte Francesco Giavazzi, Wirtschaftsberater von Premierminister Mario Draghi.

[Link](#)

#### Japan:

Die japanischen Behörden sind sich noch nicht im Klaren darüber, wie die Entscheidung Russlands, Zahlungen für Gas aus unfreundlichen Ländern in Rubel zu erhalten, in der Praxis umgesetzt werden soll. Tokio prüfe die Situation, sagte Finanzminister Shunichi Suzuki auf einer Parlamentssitzung am 24. März.

„Wir prüfen derzeit die Situation mit den beteiligten Stellen, weil wir nicht wissen, was die russische Seite beabsichtigt und wie sie es in die Praxis umsetzen will“, wurde er von Reuters zitiert.

Suzuki betonte, dass die japanische Regierung genau beobachten werde, wie sich die gegen Russland verhängten Sanktionen auf die Wirtschaft und die Finanzmärkte des Landes auswirken werden. Auf der Grundlage dieser Informationen werden die japanischen Behörden in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

[Reuters](#)

#### Serbien:

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic sagte am Donnerstag, den 24. März, dass die Entscheidung, die Gaslieferungen aus Russland in Rubel zu bezahlen, Serbien vor viele Probleme stellen würde.

"Diese Entscheidung über den Rubel - manche halten sie für genial im geopolitischen Spiel, um dem Petrodollar zusammen mit dem Yuan entgegenzuwirken, die Deutschen haben bereits gesagt, dass dies ein Grund ist, das Abkommen zu kündigen, ich bin mir also nicht sicher. All dies bringt uns nur viele, viele weitere Probleme", sagte Vucic [im Radio Televizija Vojvodina](#).

Der Präsident fügte hinzu, dass Bulgarien, über dessen Gastransportsystem russisches Gas nach Serbien und Ungarn geleitet wird, bereits seinen Unwillen bekundet hat, das russische Gas in Rubel zu bezahlen.

#### Polen:

Der Chef des polnischen Energieunternehmens PGNiG, Pawel Majewski, sagte auf einer Pressekonferenz am 24. März, dass es keine Möglichkeit gebe, für Gaslieferungen aus Russland in Rubel zu zahlen.

"Das ist nicht sehr wahrscheinlich. Die Zahlungsmodalitäten sind im Vertrag festgelegt. Wir werden den Vertrag in Übereinstimmung mit seinen Bestimmungen erfüllen", wird er vom polnischen Nachrichtenportal [Biznesalert](#) zitiert.

#### Moldau:

Moldovagaz wird ab dem 1. Mai in der Lage sein, russische Gaslieferungen in Rubel oder Euro zu bezahlen, sagte der Leiter der Organisation, Vadim Ceban, am Mittwoch, 23. März.

"Nach den derzeitigen Vertragsbedingungen haben wir drei Zahlungsmöglichkeiten für das verbrauchte Erdgas: den Euro, den Dollar und den russischen Rubel. Ab dem 1. Mai wird es nur noch zwei Möglichkeiten geben: den russischen Rubel und den Euro. Dieser Punkt steht im Vertrag", zitiert das Portal [deschide.md](#) Ceban.

Er wies darauf hin, dass das Abkommen, das die Währungseinheiten für die Bezahlung des russischen Gases festlegt, im Oktober 2021 von Moldovagaz und Gazprom unterzeichnet wurde. Außerdem hat das Unternehmen schon früher in Rubel nach Russland gezahlt, so dass es keine Probleme geben dürfte.

-----

#### **Erweiterte EU-Guidance**

Die EU hat Ihre Guidance zur Sanktionsumsetzung weiter ergänzt.  
Hier die neuen Inhalte:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier eine Gesamtübersicht der EU-Sanktionen:

[EU Guidance - EU Sanctions \(europeansanctions.com\)](#)

-----

## Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

## EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

-----

## GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

-----

## Weitere Meldungen aus der EU:

**dpa:**

### **Die wesentlichen Sanktionen gegen Russland im Überblick**

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat der Westen massive Sanktionen verhängt. Diese sollen vor allem dem Kreml die Finanzierung des Krieges erschweren.

Finanzen: Die EU schließt drei russische Banken vom Zahlungsverkehr aus und friert die Vermögenswerte ein. Sieben russische Banken bleiben beim Banken-Kommunikationsnetzwerk Swift außen vor. Ein Verbot gilt für Transaktionen mit bestimmten staatseigenen Unternehmen Russlands.

Energie: Die USA verhängen ein Importverbot für Öl aus Russland. Deutschland legt die geplante Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 auf Eis. Die EU verbietet Verkauf, Lieferung, Weitergabe oder Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien für die Ölveredelung.

Verkehr: Die EU sperrt den Luftraum für alle russischen Maschinen und erlässt ein Ausfuhrverbot für Güter, Technologien und Dienstleistungen für die Luft- und Raumfahrtindustrie.

Technologie: Mikroprozessoren zum Beispiel dürfen nicht mehr aus der EU nach Russland exportiert werden. Das gilt auch für Produkte wie Drohnen, die militärisch eingesetzt werden könnten. Auch die USA verbieten den Export von Hightech-Produkten. Medien: Die EU untersagt die Verbreitung der russischen Staatsmedien Russia Today und Sputnik auf allen Ebenen, einschließlich Kabel, Satellit, Webseiten oder Apps.

Geld: Die EU friert die Vermögenswerte von 862 Personen (Stand: 23. März) ein und beschränkt deren Reisefreiheit. Darunter befinden sich russische Oligarchen und Mitglieder der russischen Regierung. Die größten Kreditkartenanbieter der Welt - Visa, Mastercard und American Express - setzen ihre Arbeit in Russland aus.

Konsum: Das vierte große Sanktionspaket der EU beinhaltet eine Ausfuhrsperr für Luxusgüter nach Russland. Dabei geht es etwa um Kunstwerke, Uhren und Autos im Wert von mehr als 50 000 Euro. Große Firmen ziehen sich zurück, darunter McDonald's, Starbucks und Coca-Cola.

Sport: Russland wird von zahlreichen internationalen Wettbewerben ausgeschlossen, unter anderem im Fußball, Handball, Eishockey oder Rudern. Auch die Winter-Paralympics in Peking gehen ohne russische Sportler über die Bühne.

Kultur: Russland darf nicht am Eurovision Song Contest 2022 in Turin teilnehmen. Das Royal Opera House in London hat Gastauftritte des weltberühmten Moskauer Bolschoi-Theaters gestoppt.

-----

**Dpa:**

### **Lettland setzt 25 russische Unterhaltungskünstler auf schwarze Liste**

Riga (dpa) - Lettland hat 25 russische Personen aus dem Kultur- und Unterhaltungsbereich wegen ihrer Unterstützung des russischen Kriegs in der Ukraine auf eine schwarze Liste gesetzt. Sie dürfen auf unbestimmte Zeit nicht mehr in das baltische EU-Land einreisen, teilte das Außenministerium in Riga am Mittwoch mit.

Bei den betroffenen Personen handelt es sich um Vertreter des Show-Business, die am 18. März im Luschniki-Stadion in Moskau vor einer Rede von Russlands Präsident Wladimir Putin aufgetreten waren. Das lettische Kulturministerium hatte deshalb dazu aufgerufen, die russischen Interpreten zu unerwünschten Personen zu erklären.

Dazu kommen weitere Kulturschaffende, die nach Angaben des Außenamts ihre Unterstützung für die russische Aggression gegen die Ukraine zum Ausdruck gebracht haben. Zu den bekanntesten Namen auf der Liste zählen der Oscar-prämierte Regisseur Nikita Michalkow und der für patriotische Songs bekannte Rockmusiker Nikolai Rastorgujew.

## 4. Russland-Gegensanktionen

### Ausnahmeregelungen für Vertragsbruch

Der Duma liegt offenbar ein Gesetzentwurf vor, der Personen/Unternehmen von Strafen für den Fall freistellen soll, dass sie aufgrund von westlichen Sanktionen ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen können. Hier der uns vorliegende Gesetzentwurf, der dem Vorsitzenden der Staatlichen Duma Wjatscheslaw Wolodin übergeben wurde. Darin heißt es unter anderem (Arbeitsübersetzung):

„Artikel 1: Eine Person, die eine Verpflichtung nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt, haftet nicht, wenn sie nachweist, dass die ordnungsgemäße Erfüllung aus folgenden Gründen vernünftigerweise nicht möglich war:

- feindselige Handlungen ausländischer Staaten oder internationaler Organisationen im Zusammenhang mit der Verhängung von restriktiven Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen.

In einem solchen Fall gilt der Schuldner bei der Anwendung der zivilrechtlichen Vorschriften über die Art und Weise der Vollstreckung einer Verpflichtung nicht als säumig, sofern in der Vereinbarung nichts anderes vorgesehen ist.

...

Artikel 2: Das Bundesgesetz gilt nicht für Personen, die einen Beitrag geleistet haben zu feindselige Handlungen ausländischer Staaten und internationale Organisationen, die mit der Einführung von restriktiven Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen verbunden waren.“

...

[Proekt\\_gST.pdf \(consultant.ru\)](#)

-----

### **CMS Russia:**

#### **Bank von Russland hebt Verbot für bestimmte Transaktionen von Versicherern auf** (Arbeitsübersetzung)

Am 18. März 2022 erteilte die Zentralbank der Russischen Föderation ("CBR") den Teilnehmern des Versicherungsmarktes eine Genehmigung ("Erlaubnis") gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes Nr. 55-FZ\*. Gemäß dieser Erlaubnis können Versicherungsgesellschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit eine Reihe von Geschäften tätigen, die zuvor durch dieses Gesetz verboten waren. Die Erlaubnis wurde den



russischen Versicherungsmarktteilnehmern über ihre persönlichen Konten auf der Website der CBR zugesandt und gilt bis zum 31. Dezember 2022 (einschließlich).

Gemäß der Erlaubnis dürfen russische Versicherer nun folgende Tätigkeiten ausüben

- Geschäfte im Rahmen internationaler Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungssysteme gemäß Artikel 31 des Föderalen Gesetzes Nr. 40-FZ "Über die obligatorische Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung" vom 25. April 2002, einschließlich der Rückversicherung, der Zahlung von Prämien und Ansprüchen aus Rückversicherungsverträgen; und

- Geschäfte im Zusammenhang mit der Rückversicherung und der Auszahlung von Prämien und Schäden (für direkte Policen für Frachtversicherungsverträge für nach Russland eingeführte Waren oder damit verbundene finanzielle Risiken).

Darüber hinaus erlaubt die Genehmigung Versicherungsgesellschaften und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Geschäfte mit russischen Versicherern und Versicherungsmaklern abzuschließen, die von Einwohnern „unfreundlicher“ Staaten kontrolliert werden, und Zahlungen im Zusammenhang mit solchen Geschäften zu leisten.

Schließlich wird den Unternehmen der Abschluss von Geschäften mit Versicherern und Versicherungsmaklern und die Leistung von Zahlungen an diese erlaubt, mit Ausnahme des Abschlusses von Verträgen oder der Leistung von Zahlungen für Versicherungs- und Rückversicherungszwecke.

\* Auf Russisch

-----  
[izvestia](#)

### **Russlands Begründung, Ziele und Absichten (Arbeitsübersetzung)**

Dieser Beitrag aus der russischen Tageszeitung Izvestia, den wir hier in Arbeitsübersetzung übernehmen, erläutert die Hintergründe der von Wladimir Putin forcierten Umstellung von Dollar auf Rubel bei Gasexporten:

### **„Putin kündigt eine Abkehr vom Dollar und vom Euro bei Zahlungen im Energiebereich an und unterstützt die Idee einer Überarbeitung des Vorzugshypothekenprogramms**

Russland wird die Zahlungen für Gaslieferungen an unfreundliche Länder so bald wie möglich in Rubel umrechnen. Die Angelegenheit betrifft u.a. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dies sagte Wladimir Putin am 23. März bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern. Er wies jedoch darauf hin, dass Russland weiterhin Gas zu den Mengen und Preisen der bestehenden Verträge liefern wird. Die von Iswestija befragten Experten sind zuversichtlich, dass die getroffene Entscheidung das einzige Szenario zur Überwindung der Vormachtstellung des Dollars ist. In der Zwischenzeit erörterte der Präsident mit dem Kabinett auch sozioökonomische Fragen, darunter die Erhöhung des Vorzugshypothekenzinses und die steigenden Kosten für wichtige Medikamente.

### **Eine unzuverlässige Partnerschaft**

Obwohl das Hauptthema des Treffens die Situation im Bausektor war, begann das Treffen mit dem Ministerkabinett mit einer Diskussion über die internationale Agenda, insbesondere über das Einfrieren russischer Vermögenswerte durch mehrere westliche Länder nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine. So hat allein Frankreich Guthaben der russischen Zentralbank im Wert von mehr als 22 Milliarden Euro eingefroren, wie Bruno Le Maire, der Wirtschaftsminister der Republik, zuvor erklärte. Insgesamt haben die westlichen Länder den Zugang Russlands zu rund 300 Milliarden Dollar eingefroren, wie der Leiter des russischen Finanzministeriums, Anton Siluanow, kürzlich bestätigte. Dies entspricht der Hälfte der gesamten Reserven von 640 Mrd. USD.

„Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die EU sind im Prinzip ihren Verpflichtungen gegenüber Russland nicht nachgekommen. Und jetzt weiß jeder in der Welt, dass der eine oder andere einen Verdacht hatte, aber jetzt weiß jeder, dass die Verpflichtungen in Dollar und Euro möglicherweise nicht erfüllt werden“, sagte Wladimir Putin während des Treffens.

Vor diesem Hintergrund mache es für die Russische Föderation keinen Sinn, russische Waren gegen Dollar oder Euro in die EU oder die USA zu liefern, so der Präsident weiter. In diesem Zusammenhang hat Wladimir Putin beschlossen, in Kürze ein Maßnahmenpaket umzusetzen, das die Bezahlung von Erdgaslieferungen an die so genannten unfreundlichen Länder in russischen Rubel vorsieht. Die Liste der unfreundlichen Länder umfasst mehr als 45 Staaten, darunter nicht nur die USA und die gesamte Europäische Union, sondern zum Beispiel auch Australien, Kanada, Singapur, Montenegro und die Schweiz.

"Gleichzeitig möchte ich gesondert darauf hinweisen, dass Russland auf jeden Fall weiterhin Erdgas in den Mengen und zu den Preisen liefern wird, die in den früher abgeschlossenen Verträgen festgelegt sind", sagte der russische Staatschef. - Die Änderungen betreffen nur die Zahlungswährung, die auf den russischen Rubel umgestellt wird.

Der Präsident wies die Regierung an, Gazprom eine entsprechende Anweisung zu erteilen, um Änderungen an den bestehenden Verträgen vorzunehmen und gemeinsam mit der Zentralbank das Verfahren für den Kauf russischer Rubel durch Käufer von russischem Gas auf dem russischen Inlandsmarkt innerhalb einer Woche festzulegen.

### **Das Gewicht des Rubels**

Die Idee, Rubel als Bezahlung für russisches Erdgas zu verlangen, das an unfreundliche Länder geliefert wird, kann einerseits als zeitgemäß und andererseits als erwartet angesehen werden, so Jewgeni Smirnow, Professor der Abteilung für Weltwirtschaft und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Staatlichen Universität für Management.

- Dies ist natürlich auf die Notwendigkeit zurückzuführen, das Gewicht der schwächelnden Landeswährung zu stärken, aber diese Maßnahme ist immer noch unkonventionell und eher politisch als wirtschaftlich. Die Stärke des Sanktionsdrucks, den die USA und die EU-Länder auf uns ausüben, erfordert ungewöhnliche Reaktionsweisen. Darüber hinaus sollte Russland im Handel und mit befreundeten Ländern zunehmend versuchen, nationale Währungen für

die gegenseitige Abrechnung zu verwenden, und dieser Trend zeichnet sich bereits ab", so der Experte.

Seiner Ansicht nach ist ein solcher Ansatz kaum das einzige Szenario, um die Vorherrschaft des Dollars zu überwinden. Darüber hinaus haben sich sowohl der Euro als auch der Dollar in letzter Zeit als weniger zuverlässige Währungen erwiesen als früher, sagte er.

Die Folgen der Entscheidung des Präsidenten werden deutlich werden, sobald der Mechanismus für ihre Umsetzung vorgestellt wird, sagte Sergey Pikin, Direktor des Energieentwicklungsfonds.

- Man sollte verstehen, dass Gas keine Äpfel sind. Man kann das Preisschild nicht einfach umschreiben", sagte er der Iswestija. - Gas wird im Rahmen langfristiger Verträge gehandelt. Jeder Vertrag ist eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien. Wenn man also jemandem etwas verkauft und dabei die Bedingungen ändert, muss die andere Partei zustimmen oder es muss ein anderer Mechanismus eingeführt werden.

Diese Entscheidung wurde größtenteils von den westlichen Ländern selbst vorangetrieben: Die Weigerung europäischer Unternehmen, mit Russland Handel zu treiben, hat zu einem starken Rückgang der Importe geführt, und wenn keine Waren und Dienstleistungen eingeführt werden, wird der Euro nicht als Zahlungsmittel benötigt, betonte Grigory Sosnovsky, Direktor des regionalen Netzes für die Arbeit mit wohlhabenden Kunden von BCS World Investment.

- Deshalb sieht eine solche Maßnahme, insbesondere vor dem Hintergrund der sich rasch entwickelnden Inflation in Europa (hier ist sie bereits eingetreten, und dort fängt sie gerade erst an), sowohl für unsere Währung als auch für unsere Wirtschaft sehr protektionistisch aus", sagte er.

Ihm zufolge wird diese Maßnahme sowohl unmittelbare als auch langfristige Folgen haben.

- Wir sehen bereits, dass der Rubel allein durch die Erklärung des Präsidenten um mehrere Prozent gestiegen ist. Der Euro wird sich gegenüber dem Dollar abschwächen. Eine Parität (Wechselkursparität) mit weiterer Abschwächung des Euro kann nicht ausgeschlossen werden. Die europäischen Länder werden wahrscheinlich versuchen, die Importe nach Russland wieder aufzunehmen, so dass ein Bedarf für den Euro besteht", glaubt er.

Der Börsenpreis für Gas in Europa stieg nach der Rede von Wladimir Putin um 20 Prozent auf mehr als 1.500 pro 1.000 Kubikmeter. Grigorij Sosnowskij wies darauf hin, dass diese Maßnahme bisher nur Gazprom und die Zahlungen für Gas betrifft. Obwohl Russland immer noch viele Exporteure hat, die Öl, Erze, Metalle, Gold und Diamanten gegen harte Währung liefern.

- Vielleicht ist dieser Schritt eine Botschaft, vielleicht der erste Schritt auf einem langen, aber unaufhaltsamen Weg Russlands, sich von den Abrechnungen in Dollar und Euro zu lösen. Eines ist klar - das Einfrieren der Reserven kann nicht spurlos an uns vorbeigehen, und es

wird eine ständige Reaktion Russlands auf dieses Einfrieren geben", schloss Grigorij Sosnowski.“

....

-----  
Weitere Meldungen aus und über Russland:

### **Spiegel**

#### **Russland wirft US-Diplomaten aus dem Land**

Der Konflikt in Osteuropa wird in der Ukraine selbst mit schweren Waffen ausgetragen. Doch auch auf diplomatischer Ebene kommt es reihenweise zu Eskalationen. Im jüngsten Schritt hat Russland am Mittwoch die Ausweisung mehrerer US-Diplomaten bekannt gegeben.

Eine Liste mit den Namen der US-Diplomaten, die zu unerwünschten Personen erklärt worden seien, sei dem Leiter der US-Vertretung überreicht worden, der ins Außenministerium einbestellt worden sei, teilte das Ministerium in Moskau mit. Es handele sich um eine Reaktion auf die Ausweisung von zwölf russischen Diplomaten bei der Uno in New York.

Die US-Seite habe »einen entschiedenen Hinweis« erhalten, »dass jede feindliche Aktion der Vereinigten Staaten gegen Russland mit einer entschlossenen und angemessenen Antwort erwidert wird«, erklärte das russische Außenministerium.

Das US-Außenministerium bestätigte den Erhalt der Liste aus Moskau. »Dies ist Russlands jüngster nicht hilfreicher und unproduktiver Schritt in unseren bilateralen Beziehungen. Wir fordern die russische Regierung auf, die ungerechtfertigten Ausweisungen von US-Diplomaten und -Mitarbeitern zu beenden«, erklärte ein Sprecher. »Jetzt ist es wichtiger denn je, dass unsere Länder über das notwendige diplomatische Personal verfügen, um die Kommunikation zwischen unseren Regierungen zu erleichtern.«

Eklat um Vize der US-Botschaft in Moskau

Die USA hatten Anfang März die Ausweisung von zwölf russischen Uno-Diplomaten wegen Spionagevorwürfen angekündigt. Die bei der russischen Uno-Vertretung in New York angesiedelten »Geheimagenten« hätten sich an »Spionagetätigkeiten« beteiligt, »die unserer nationalen Sicherheit entgegenstehen«, erklärte die US-Vertretung bei der Uno. Russlands Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, verurteilte die Ausweisung als »feindlichen Akt gegen unser Land«.

Mitte Februar, kurz vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine hatte Russland den stellvertretenden Leiter der US-Botschaft in Moskau ausgewiesen. Bartle Gorman war die Nummer zwei in der US-Botschaft nach Botschafter John Sullivan. Er hatte nach US-Angaben ein gültiges Visum und war seit weniger als drei Jahren in Russland im Einsatz.

Kurz nach dem Schritt teilte Moskau mit: Es handele sich um eine Vergeltungsmaßnahme für eine vorhergegangene Ausweisung eines hochrangigen russischen Diplomaten aus Washington. Die USA hatten damals scharf gegen die russische Entscheidung protestiert.

-----

Das russische Finanzministerium hat Bürgern aus den sogenannten „unfreundlichen Staaten“ den **Verkauf von Immobilien in Russland** wieder erlaubt. Seit Anfang März mussten sie Immobiliengeschäfte von einer Regierungskommission genehmigen lassen. Dies entfällt nun, allerdings soll der Erlös solcher Geschäfte auf einem Sonderkonto (in Rubel) geparkt werden. Mit den Mitteln kann man dann ohne weitere Genehmigung z. B. russische Staatsanleihen kaufen. Überweisungen ins Ausland sind dagegen nur mit spezieller Erlaubnis möglich

[Минфин снял часть ограничений для иностранцев на продажу недвижимости — РБК \(rbc.ru\)](http://rbc.ru)

-----

**Renault stellt den Betrieb in seinem Werk in Moskau wieder ein**, wie das Unternehmen mitteilte. Die Entscheidung wurde auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 23. März getroffen. Die Erklärung bezieht sich auch auf die Beteiligung des Konzerns an AvtoVAZ (Renault hält 67,61 % an Alliance Rostec Auto, der Rest wird von Rostec gehalten, das unter die EU-Sanktionen fiel): Der Konzern prüfe „alle verfügbaren Optionen angesichts der aktuellen Situation“ und handelt verantwortungsvoll gegenüber seinen 45.000 Mitarbeitern. Das Renault-Werk in Moskau war erst am 21. März wieder in Betrieb genommen worden. Zuvor hatte die Produktion seit dem 28. Februar stillgestanden.

[Renault приостановил работу завода в России - Новости – Мир – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](http://kommersant.ru)

-----

### **Korrespondent:**

#### **Internationale Arbeitsorganisation beendet Zusammenarbeit mit Russland**

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat das Ende ihrer Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation angekündigt, wie aus einer auf ihrer Website veröffentlichten Erklärung hervorgeht.

"Die IAO beschließt, die technische Zusammenarbeit oder Hilfe für Russland vorübergehend auszusetzen, mit Ausnahme der humanitären Hilfe, bis ein Waffenstillstand vereinbart und eine friedliche Lösung herbeigeführt wird", heißt es in dem Bericht.

Die Internationale Arbeitsorganisation ist die Sonderorganisation der Vereinten Nationen für die Regelung der Arbeitsbeziehungen. Die IAO hat derzeit 187 Mitgliedstaaten. Seit 1920 hat sie ihren Sitz, das Internationale Arbeitsamt, in Genf.

## 5. Sanktionen der USA

**Forbes:**

**US-Sanktionen gegen über 400 Personen und Einrichtungen - Milliardär Timtschenko, Duma und Bankchef im Visier**

Die USA haben am Donnerstag eine neue Reihe von Sanktionen gegen mehr als 400 russische Einzelpersonen und Unternehmen verhängt, darunter Mitglieder der russischen Staatsduma, der Chef des größten russischen Finanzinstituts und der Milliardär Gennadi Timtschenko. Damit stieg die Zahl der von den USA sanktionierten Unternehmen auf über 600, so das Weiße Haus.

Das Finanzministerium teilte am Donnerstag mit, es habe 328 Duma-Mitglieder mit Sanktionen belegt, weil sie die Bemühungen des Kremls um eine Invasion der Ukraine unterstützt hätten, unter anderem durch Verträge zur Anerkennung der selbsternannten Unabhängigkeit von Gebieten in der Ostukraine, die als Volksrepublik Donezk und Volksrepublik Luansk bekannt sind.

Das Office of Foreign Assets Control des Finanzministeriums hat außerdem 48 Unternehmen sanktioniert, die zur russischen Rüstungsindustrie gehören und Waffen für das russische Militär hergestellt haben, wodurch sie von den technologischen und finanziellen Ressourcen der USA abgeschnitten sind.

Unter den sanktionierten Personen bezeichnete das Amt Herman Gef, den Vorstandsvorsitzenden des größten Kreditinstituts des Landes, der Sberabank, wegen seiner Verbindungen zur russischen Regierung als Anstifter der Invasion und verwies darauf, dass der Geschäftsmann und Politiker seit den 1990er Jahren ein enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist.

In Abstimmung mit der Europäischen Union und der Gruppe der Sieben werden auch 17 Vorstandsmitglieder des russischen Finanzinstituts Sovcombank sowie der russische Milliardär Gennadi Timtschenko, seine Unternehmen und seine Familienangehörigen mit umfassenden Sanktionen belegt.

Der 69-jährige Timtschenko, der bereits von der EU sanktioniert wurde, ist an verschiedenen russischen Unternehmen beteiligt, darunter das Gasunternehmen Novatek und der Petrochemiehersteller Sibur Holding, und wurde 2014 wegen seiner engen Beziehungen zu Putin mit Sanktionen belegt.

„Die Vereinigten Staaten, zusammen mit unseren Partnern und Verbündeten, treffen den Kern von Russlands Fähigkeit, seine Kriegsführung und Grausamkeiten gegen die Ukraine zu finanzieren und auszuführen“, sagte Finanzministerin Janet Yellen in einer Erklärung vom Donnerstag. „Die russische Staatsduma unterstützt weiterhin Putins Invasion, unterdrückt den freien Informationsfluss und verletzt die Grundrechte der Bürger Russlands. Wir fordern diejenigen, die Putin am nächsten stehen, auf, diesen kaltblütigen Krieg zu beenden und zu verurteilen.“

## Goldhandel

Das Office of Foreign Asset Control hat heute eine neue FAQ zum Umfang mit Sanktionen in Bezug auf den Goldhandel veröffentlicht:

[1029 | U.S. Department of the Treasury](#)

---

### **The National Law Review:** **Cryptoasset firms and sanctions**

**The FCA has stressed recently that it expects the cryptoasset sector to play its part in ensuring that Russian sanctions are complied with, and highlighted that the financial sanctions regulations do not differentiate between cryptoassets and other forms of assets.**

The use of cryptoassets to breach or circumvent economic sanctions is a criminal offence under the Money Laundering Regulations 2017 and regulations made under the Sanctions and Anti-Money Laundering Act 2018; most notably the Russia (Sanctions) (EU Exit) Regulations 2019, as amended. In addition to steps taken to identify customers and monitor transactions under the Money Laundering Regulations 2017, the financial sector, including the cryptoasset sector, will also need to implement additional sanctions specific controls as appropriate.

The FCA identified a number of steps to consider, including:

- updating business-wide and customer risk assessments to account for changes in the nature and type of sanctions measures;
- ensuring that customer onboarding and due diligence processes identify customers who make use of corporate vehicles to obscure ownership or source of funds;
- ensuring that customers and their transactions are screened against relevant updated sanctions lists and that effective re-screening is in place to identify activity that may indicate sanctions breaches;
- identifying activity that is not in line with the customer profile or is otherwise suspicious and ensuring that these are reported quickly to the nominated officer for timely consideration;
- where blockchain analytics solutions are deployed, ensuring that compliance teams understand how these capabilities can be best used to identify transactions linked to higher risk wallet addresses; and
- engage with public-private partnerships and private-private partnerships to gather insights on the latest typologies and additional controls that might be relevant and share their own best practice examples.

In addition to taking these steps, the FCA reiterated that firms should also monitor red flags, which can include (but and certainly not limited to):

- a customer who is resident in or conducting transactions to or from a jurisdiction which is subject to sanctions, or which is on the UK's High Risk Third Countries list for anti-money laundering and counter-terrorist financing purposes, or any jurisdiction you have identified as posing an increased risk of illicit financial activity;
- transactions to or from a wallet address associated with a sanctioned entity, or a wallet address otherwise deemed to be high-risk, based on its transaction history or that of associated addresses, or other factors;
- transactions involving a cryptoasset exchange or custodian wallet provider known to have poor customer due diligence procedures or which is otherwise deemed high-risk;
- the use of tools designed to obfuscate the location of the customer (such as an IP address associated with a virtual private network or proxy) or the source of cryptoassets (such as mixers and tumblers).

-----  
[Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:](#)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

[https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221\\_33](https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>



## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Großbritannien

Großbritannien hat im Rahmen seiner Russland- und Belarus-Sanktionsregelungen 65 weitere Personen und Unternehmen auf seine Sanktionslisten gesetzt:

#### Russland

33 Personen, darunter: Oleg Tinkow (Gründer der Tinkoff Bank); Herman Gref (CEO der Sberbank); Oleg E Aksyutin (Stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Gazprom PJSC); Didier Casimiro (Erster Vizepräsident von Rosneft); Zeljko Runje (stellvertretender Vorstandsvorsitzender und erster Vizepräsident für Öl-, Gas- und Offshore-Geschäftsentwicklung von Rosneft); Galina Danilchenko (Bürgermeisterin von Melitopol) und Polina Kovaleva (Stieftochter von Sergey Lavrov).

26 Unternehmen, darunter: Alfa-Bank, Alrosa, Kronshtadt, Wagner-Gruppe, Gazprombank, Russische Eisenbahnen, Russische Landwirtschaftsbank, Ural Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, SMP Bank und SOVCOMFLOT.

Zur Pressemitteilung mit allen Namen:

[Foreign Secretary announces 65 new Russian sanctions to cut off vital industries fuelling Putin's war machine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/foreign-secretary-announces-65-new-russian-sanctions-to-cut-off-vital-industries-fuelling-putin-s-war-machine)

#### Belarus

Sechs weitere Einrichtungen:

Bank Dabrabyt Joint Stock Company; CJSC Belbizneslizing; Industrial-Commercial Private Unitary Enterprise Minotor-Service; JSC TransAVIAexport Airlines; Limited Liability Company Belinvest-Engineering; und OJSC KB Radar-Managing Company Holding Radar System.

-----  
[Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:](#)

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060764/Notice\\_Russia\\_150322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf)

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060263/Notice\\_Russia\\_110322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf)

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

### Handelsblatt:

#### [Fast zwei Drittel aller Lieferungen nach Russland fallen aus \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

Das Volumen der Warenlieferungen nach Russland schrumpft weiter und zwar in rasanter Geschwindigkeit. Nachdem vergangene Woche die Sendungen in das Land weltweit um 16 Prozent zurückgegangen sind, beträgt das Minus seit Kriegsausbruch inzwischen 62 Prozent. Das errechnete der US-Lieferkettenspezialist Fourkites, der für Konzerne wie Coca-Cola, Walmart oder Henkel tätig ist, an diesem Mittwoch.

Verantwortlich dafür, dass die Einfuhren nach Russland nahezu zum Erliegen gebracht wurden, ist in erster Linie die Industrie. Den Rückgang, den Unternehmen wie Siemens Energy, Volkswagen, BMW oder Daimler Truck verursachen, beziffert der Lieferkettenspezialist mit 65 Prozent.

Etwas geringer ist der Effekt bei den Konsumgütern. Westliche Hersteller wie Adidas, Nike, Apple, Ikea oder Obi haben ihr Geschäft in Russland eingestellt. Hier betrug der Rückgang der Warenlieferungen laut Fourkites 60 Prozent.

Grund dafür dürften nicht zuletzt die Sanktionen sein, mit denen die Europäische Union Firmen droht, die mit Russeinfuhren regierungsnahen Oligarchen begünstigen. Bei Vergehen stellt die EU Bußgelder in Höhe von zehn Millionen Euro und Haftstrafen bis zu fünf Jahren in Aussicht.

Den Handel erschwere dies erheblich, berichtet Lothar Harings, Sanktionsexperte und Anwalt der Kanzlei Graf von Westphalen. „Unternehmen müssen sich Gewissheit verschaffen, dass ihr russischer Vertragspartner nicht von einer gelisteten Person kontrolliert wird“, beschreibt er die hohen Hürden.

So muss sich das Management in jedem Fall vor den Lieferungen die Gesellschafterstruktur zeigen lassen. Hält ein gelisteter Oligarch oder ein gelistetes Unternehmen mehr als die Hälfte der Anteile, wird bei Lieferungen eine verbotene „mittelbare Bereitstellung“ unterstellt.

Insbesondere deutschen Russlandexporteuren erschwert das Geschäft zusätzlich, dass das Bundeswirtschaftsministerium die Hermes-Bürgschaften für das kriegführende Land ausgesetzt hat. Mit dem Instrument der Export-Kreditgarantien sichert die Bundesrepublik seit 1949 Ausfuhren deutscher Unternehmen ab, um sie gegen die Zahlungsunfähigkeit ausländischer Kunden, aber auch gegen die Folgen kriegerischer Ereignisse oder staatlicher Beschlagnahme zu schützen. Das Bürgschafts-Aus verhagelt nun vor allem mittelständischen Firmen, denen ein üppiger Finanzpuffer fehlt, nachhaltig das Russlandgeschäft.

Frachtraten sinken wieder

Dafür entspannt sich aktuell überraschend die Situation für deutsche Importeure, denn die Frachtraten sinken auf breiter Front. Erstmals seit Juli 2021, meldete die Londoner Seefracht-Beratungsfirma Drewry, sank die durchschnittliche Rate je Doppelcontainer Ende vergangener Woche unter die Marke von 9000 Dollar. Gegenüber der Vorwoche sackte der Durchschnittspreis um 3,8 Prozent auf 8832 Dollar, nachdem es schon in den zwei Wochen davor jeweils zu Preisnachlässen gekommen war.

Experten zeigen sich über diese Entwicklung erstaunt. Denn viele hatten mit einem zusätzlichen Preisschub gerechnet. Grund zur Sorge gab die stockende Eisenbahn-Frachtverbindung zwischen China und Europa, die seit Ausbruch des Ukrainekriegs kaum noch gebucht wird.

Nur noch vereinzelt verlassen derzeit Züge das Reich der Mitte. Chinesische Verloader sorgen sich um die Sicherheit der Waren, westliche Importeure fürchten Boykotte und Sanktionen, da sie zum Transport die russische Eisenbahngesellschaft RZD nutzen.

Kühne + Nagel-Manager Marcus Balzereit kündigte gegenüber dem Branchendienst „The Edge Markets“ an, keine Buchungen mehr für die Schienenverbindung anzunehmen. Für eilige Transporte empfiehlt das Schweizer Logistikunternehmen nun stattdessen eine Kombination aus Luft- und Seefracht.

Letztere aber müsste, falls es zu einem kompletten Stillstand der sogenannten eisernen Seidenstraße kommt, zusätzlich 1,46 Millionen Standardcontainer (TEU) pro Jahr aufnehmen – und damit vier Prozent der weltweit verfügbaren Stahlboxen. Insbesondere Ladungen des Computeranbieters Dell, des Möbelhändlers Ikea oder der Autofirma Toyota, die in den vergangenen Jahren stark auf die fast 12.000 Kilometer lange Schienenverbindung gesetzt haben, müssten nun zusätzlich aufs Schiff.

Seefahrt im Schwarzen Meer fast vollständig gestoppt

Zumindest in den Häfen West- und Nordeuropas hat dies bislang allerdings kaum zu größeren Verzögerungen geführt. Dort liegt die durchschnittliche Verweildauer für Importware bei rund acht Tagen – und damit gerade einmal vier Prozent höher als beim Ausbruch des Ukrainekriegs.

Völlig anders ist die Situation indes in Süd- und Osteuropa. Nachdem in den vergangenen Wochen mindestens fünf Frachter im Schwarzen Meer von Artillerie beschossen wurden, ist dort die Seefahrt fast vollständig zum Erliegen gekommen. Der Hafen von Odessa, der größte Hafen der Ukraine, ist geschlossen, in Berdyansk zogen russische Schlepper fünf ausländische Weizenfrachter auf See, um Platz für eigene Kriegsschiffe zu schaffen.

Entsprechend werden die Schiffe umgeleitet in andere Häfen, insbesondere nach Italien und Griechenland, wo sich inzwischen die ersten Staus abzeichnen. In Süd- und Osteuropa, ermittelt Fourkites, dauere die Containerverladung mittlerweile fast elf Tage – und damit vier Tage mehr als kurz vor dem Kriegsausbruch.

-----

## Energiezukunft

### **Auch bei Uran ist die EU abhängig von Russland**

**Nicht nur beim Gas ist Deutschland und Europa abhängig von Russland, sondern auch bei der Kernenergie. Uranimporte, Urananreicherung und Brennelementefertigung – überall ist Russland ein wichtiger Partner.**

### **Wird die Abhängigkeit der EU von Russland im Bereich der Kernenergie bisher unterschätzt?**

Europa ist auch bei der Kernenergie stark von Russland abhängig, vielleicht sogar noch stärker als beim Gas. Die Hauptquellen der Uranimporte in die EU waren 2020 Russland mit 20 Prozent, Niger mit 20, Kasachstan mit 19, Canada mit 18, Australien mit 13 und Namibia mit 8 Prozent. Nur 0,5 Prozent des in der EU eingesetzten Urans stammen aus der EU selbst. Doch das sieht nur scheinbar diversifiziert aus. Russland ist mit Kasachstan eng verbunden, die Minen in Niger gehören Firmen in chinesischem Staatsbesitz, das gilt auch für zwei der drei größten Uranbergwerke in Namibia. Die dritte namibische Mine ist überwiegend in chinesischem Eigentum. Damit kamen 2020 nur 21 Prozent der Uranimporte nach Europa von Firmen, die nicht im Staatsbesitz totalitärer Regime sind. Europa hat sich auch hier in eine hohe Importabhängigkeit begeben.

Etwa ein Viertel der Urananreicherung und Teile der Brennelementfertigung für die EU erfolgt in Russland. Viele Reaktoren russischer Bauart beziehen ihre Brennelemente auf Basis langfristiger Lieferverträge über zehn Jahre oder mehr hauptsächlich vom russischen Konzern TVEL (oder auch TWEL), der zu Rosatom gehört. Russische Kernreaktoren stehen in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Finnland, Ungarn und der Slowakei. Die 16 älteren Druckwasserreaktoren des Typs WWER-440 sind bei der Brennstoffherstellung vollständig von TVEL abhängig. Solche alten Reaktoren stehen in Bulgarien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. Diese Abhängigkeit betrachtet selbst die Europäische Nuklear-Versorgungsagentur (Euroatom-ESA) als signifikante Verwundbarkeit. Hier sind die Betreiber auch auf den Import von russischer Technik angewiesen. Aber auch die westeuropäischen AKWs sind nicht unabhängig. Der französische Konzern Areva arbeitet mit TVEL zusammen, um Brennelemente für sieben Reaktoren in Westeuropa zu liefern, etwa für das finnische AKW Loviisa. Noch im Dezember 2021 haben der französische Nuklearkonzern Framatom ein strategisches Kooperationsabkommen unterzeichnet für die Entwicklung der Brennstoffherstellung, der Instrumentierung und Kontrolle.

Der russische Brennelementehersteller TVEL wollte auch in die Brennelementefabrik in Lingen einsteigen, welche der französischen Firma ANF gehört. Lingen beliefert britische, französische und belgische Kernkraftwerke mit Brennelementen. Das Bundeskartellamt hatte diese Übernahme im März 2021 genehmigt, danach prüfte das Wirtschaftsministerium mit offenem Ausgang bis Ende Januar 2022. Am Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine hat das Wirtschaftsministerium bekannt gegeben, dass die Rosatom-Tochter TVEL ihren Antrag zurückgezogen habe. In Deutschland besitzt die Rosatom-Gruppe außerdem ihre

Tochtergesellschaft NUKEM Technologies, die auf die Stilllegung kerntechnischer Anlagen, die Dekontamination, die Abfallverarbeitung und den Strahlenschutz spezialisiert ist. Sie plant und baut in Deutschland Lagergebäude für radioaktive Abfälle und ist beim Rückbau der AKWs in Neckarwestheim und sowie Philippsburg beteiligt.

Putin hat also längst auch die europäische Nuklearindustrie von Russland abhängig gemacht und verdient selbst an der Stilllegung der deutschen Kernkraftwerke. Der Unterschied ist nur, dass die Abhängigkeit beim Gas öffentlich diskutiert wird, bei der Kernenergie bisher kaum. Doch die Mitgliedstaaten der EU denken gar nicht daran, diese nukleare Abhängigkeit zu beenden. Die zivilen nuklearen Aktivitäten wurde vom Verbot für Investitionen im russischen Energiesektor im Beschluss der Mitgliedstaaten vom 15. März 2022 über die Definition des Energiesektors explizit ausgenommen. Obwohl das Uran vollständig importiert wird und auch ein großer Teil der Brennelemente eingeführt wird, stuft die EU die Kernenergie als „einheimische“ Produktion ein, weil die Brennelemente gut bevorratet werden könnten. Hier findet sich ein ähnlicher orwellischer Sprachgebrauch wie bei der EU-Taxonomie, die die Kernenergie als Technologie ohne signifikante Umweltschäden einstuft. Wie die Süddeutsche Zeitung am 18. März 2022 berichtete, wurde sogar das Flugverbot für russische Fluggesellschaften in der EU für einen Flug für den Import von Kernbrennstoff in die Slowakei aufgehoben.

Unser Fazit zum Thema ist deshalb: Auch bei der Kernenergie muss die Abhängigkeit von Russland drastisch reduziert werden. Versorgungssicherheit ohne Abhängigkeit von totalitären Regierungen erfordert eine deutliche Reduktion der Kernenergie in Europa.

### **Wie machen wir uns langfristig vom Erdgas unabhängig?**

Deutschland hat sich entschlossen, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Das bedeutet, dass langfristig die fossilen Energien vollständig durch erneuerbare Energien ersetzt werden, dass künftig überhaupt viel weniger Energie verbraucht werden darf und dass weitere Alternativen klimaschädliche Treibhausgase einsparen müssen.

Diese große Umwälzung betrifft nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens – ob Wärmepumpen und Fernwärme auf Basis erneuerbarer Energie fürs Heizen, die Sanierung von Gebäuden, Elektroautos statt Verbrenner, ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr und den Ausbau der Bahn – all das und noch viel mehr trägt dazu bei, dass wir unabhängiger von Importen bei Öl und Gas werden und stärkt unsere Souveränität. Hier ist allerdings noch viel zu wenig passiert und die Politik ist gefordert, jetzt schnell die notwendigen Richtungsentscheidungen zu treffen.

-----

### **Stern:**

**Konzerne am Pranger: Diese Unternehmen machen in Russland weiterhin Geschäfte**

**Hunderte westliche Konzerne haben sich seit Kriegsbeginn aus Russland zurückgezogen. Einige aber machen unbeeindruckt weiter. Ein Yale-Professor stellt sie in einer Liste der Schande an den Pranger.**

Der Ukraine-Krieg hat zu einem beispiellosen Bruch westlicher Unternehmen mit Russland geführt. Große Ketten wie Ikea, McDonald's oder H&M haben sämtliche Läden geschlossen. BP und Shell stoßen milliardenschwere Beteiligungen am russischen Energiegeschäft ab. Deutsche und andere Autokonzerne schließen ihre Werke (weitere prominente Fälle finden Sie in unserer Fotostrecke).

Mehr als 400 westliche Unternehmen haben sich seit Kriegsbeginn aus Russland zurückgezogen, zeigt eine Liste des Wirtschaftsprofessors Jeffrey Sonnenfeld von der US-Elite-Uni Yale. Sonnenfeld ist Experte für ethische Management-Fragen und leitet ein Institut für Führungsverhalten. Was seiner Liste besondere Brisanz verleiht: Er nennt auch explizit die Firmen, die sich dem breiten Russland-Boycott nicht angeschlossen haben und munter weiter in Putins Reich Geschäfte machen.

### **Fünfstufige Shaming-Skala**

In US-Medien ist die ständig aktualisierte Liste bereits als "Hall of Shame" (Halle der Schande) zu Berühmtheit gelangt. Denn wer auf Sonnenfelds Russlandpranger landet, muss mit ernsthaften Konsequenzen für die öffentliche Reputation rechnen. Als die Liste erstmals vom Sender CNBC aufgegriffen wurde, hätten viele der dort genannten Firmen Börseneinbrüche zwischen 15 und 30 Prozent erlitten, schreiben Sonnenfeld und sein Yale-Kollege Steven Tian in einem Gastbeitrag für das Magazin "Fortune".

Mittlerweile haben Sonnenfeld und sein Team die Liste von einer simplen Zweistufigkeit ("raus aus Russland" versus "noch drin") zu einer differenzierteren Einstufung weiterentwickelt. Die Unternehmen sind jetzt in eine von fünf Kategorien einsortiert, die zeigen, wie stark die jeweilige Firma ihre Russland-Geschäfte tatsächlich abgebrochen hat. Denn da gibt es gewichtige Unterschiede.

### **Klare Kante gegen Putin...**

In der ersten Kategorie "Rückzug – klarer Bruch" finden sich rund 170 Unternehmen, die sich umfassend aus Russland zurückgezogen haben. Die Aufstellung reicht von Airbnb bis Swarovski. Aus Deutschland sind etwa Aldi, Daimler, Kühne+Nagel und die Bahn-Logistiksparte DB Schenker in dieser härtesten Boykottstufe vertreten.

In Kategorie zwei sind alle Unternehmen einsortiert, die ihre Geschäfte vorübergehend stillgelegt haben, sich aber die Option für eine Rückkehr offenhalten. Dazu zählt das Yale-Team aktuell 190 Unternehmen, unter anderem Ikea, H&M oder den Luxusgüterkonzern LVMH, deren Hunderte Russland-Filialen aktuell dicht sind. Auch die Sportartikelriesen Adidas, Nike und Puma sowie Deutsche Bank und Commerzbank stehen auf dieser Stufe. Dass die Einstufung teils diskussionswürdig ist, zeigt sich daran, dass McDonald's und Burger King auf der gleichen Stufe stehen, obwohl McDonald's seine (überwiegend selbst betriebenen) Filialen geschlossen hat, während Burger King dies nicht geschafft hat, da sich der russische Franchisenehmer weigert.

### **...ein bisschen Boykott...**

Wieder andere Unternehmen vollziehen den Balanceakt, Teile ihres Russland-Geschäfts einzustellen, andere aber laufen zu lassen – sie sind in Gruppe drei der Yale-Liste zusammengefasst. Dazu zählt etwa Pepsi, das in Russland keine Softdrinks mehr verkauft, aber immer noch Nahrungsmittel. Auch andere Konzerne fahren ihre Aktivitäten zurück, können oder wollen aber nicht alle sofort einstellen. Versicherer Allianz etwa hat angekündigt, das bestehende Geschäft "maßgeblich in geordneter Weise" zurückzufahren, kann aber eben nicht von heute auf morgen alle Verträge kündigen.

Ziemlich weit im roten Bereich der Shaming-Skala sind hingegen schon die Unternehmen in der vorletzten Kategorie: Sie legen lediglich neue Investitionen auf Eis, führen bestehende Geschäfte aber fort. Sie "spielen auf Zeit", so drücken es die Yale-Forscher aus. Zu dieser Gruppe halbherziger Unternehmen zählt Sonnenfelds Analyseteam auch die deutschen Industriegrößten BASF, Bayer, Henkel und Siemens. Ein Chemiewerk zu schließen, ist eben doch eine größere Sache als einen Klamottenladen.

So verurteilt BASF in einer Stellungnahme "den von der russischen Regierung angeordneten Angriff auf die Ukraine aufs Schärfste", setzt die lokale Produktion – sofern es die Sanktionen zulassen – aber fort, zum Beispiel für den Nahrungsmittelsektor. Auch Henkel und Bayer wollen weiter Dinge des täglichen Bedarfs liefern. Siemens hat neben dem Neugeschäft alle Lieferungen nach Russland eingestellt, setzt vor Ort aber seine Service- und Wartungsaktivitäten fort.

### **...und die "Hall of Shame"**

Bleiben schließlich noch drei Dutzend Unternehmen in der letzten Kategorie, der eigentlichen Hall of Shame: Sie weigern sich laut dem Yale-Pranger komplett, aus Russland zu verschwinden oder ihre geschäftlichen Aktivitäten einzuschränken. Am Pranger stehen etwa die Großbanken Credit Suisse, Société Générale und die österreichische Raiffeisenbank, die massiv in Russland investiert sind und nun überlegen müssen, wie sie aus der Nummer rauskommen. Auch die Computerhersteller Acer, Asus und Lenovo sind dabei, da sie sich im Unterschied zu anderen Hard- und Softwaregrößen wie Microsoft und Samsung bislang nicht positioniert haben.

Der vielleicht prominenteste Shaming-Fall aus der Industrie ist Renault: Der französische Autohersteller hat angekündigt, weiter in Russland Autos produzieren und verkaufen zu wollen – im Gegensatz zur automobilen Konkurrenz unter anderem aus Deutschland. Aber auch zwei deutsche Unternehmen stehen auf der roten Liste: Die Deutsche Telekom beschäftigt nach wie vor 2000 IT-Experten in Russland, obwohl mittlerweile selbst der eigene Betriebsrat die Konzernführung aufgefordert hat, alle Geschäftsbeziehungen zu kappen. Und auch der deutsche Großhandelskonzern Metro hat seine 93 Großmärkte in Russland nach wie vor offen. Keiner der 10.000 Mitarbeiter sei persönlich für den Krieg in der Ukraine verantwortlich, argumentiert das Düsseldorfer Unternehmen.

Manch ein Unternehmen mag sich in der Liste unfair eingestuft fühlen, zumal es für manche leichter ist einen klaren Cut zu machen als für andere. Aber Yale-Professor Sonnenfeld macht auch gar keinen Hehl daraus, dass er die Liste vor allem deshalb führt, um Druck auf



Konzernlenker auszuüben, klar Stellung gegen Putins Regime zu beziehen. Die Liste werde in den Vorstandsetagen von Unternehmen, von Regierungsvertretern und Medien rund um die Welt zur Kenntnis genommen, schreibt Sonnenberg. Doch am meisten sei er "von den Tausenden von Nachrichten inspiriert, die wir von Lesern aus der ganzen Welt erhalten haben, insbesondere von denen aus der Ukraine". Er freue sich auch weiterhin über Tipps, Erkenntnisse und Feedback.

-----

## Tagesschau

### **Lebensmittel-Multis am Pranger**

**Zu den westlichen Konzernen, die am Russland-Geschäft festhalten, zählen Lebensmittel-Multis wie Nestlé. Sie begründen das mit Verantwortung für die Grundversorgung. Doch wie viel Moral steckt in Babynahrung?**

In den Sozialen Medien hat sich ein "Shitstorm" gegen Konzerne wie Nestlé zusammengebraut. Hunderte Twitter-Nutzer rufen zum Boykott von Produkten des weltgrößten Lebensmittelherstellers auf. Auch die Hackergruppe Anonymous verurteilte das Russland-Engagement von Nestlé.

### **"Unsere Kinder sterben, unsere Städte werden zerstört"**

Bereits am Wochenende hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Schweizer Konzerne wie Nestlé kritisiert, die Russland nicht verlassen wollen. Die Geschäfte liefen weiter, "obwohl unsere Kinder sterben und unsere Städte zerstört werden". In einer Rede vor Amerikanern stellte Selenskyj auch andere Nahrungsmittelhersteller wie Mondelez und Unilever öffentlich an den Pranger.

Nestlé wehrt sich gegen die Vorwürfe und verteidigt sein Engagement in Russland. Man stehe in der Verantwortung, die russische Bevölkerung weiterhin mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Dazu zählten Babynahrung, Frühstücksflocken und Tierfutter. "Wir haben sämtliche Importe und Exporte aus Russland gestoppt - außer bei lebenswichtigen Produkten", erklärte ein Nestlé-Sprecher in Schweizer Medien. Mit den verbliebenen Produkten erzielen die Schweizer nach eigenen Aussagen keinen Gewinn.

### **Lieferstopp für Schokoriegel und Kaffeekapseln**

Schokoladen-Riegel wie Kitkat, Nespresso-Kaffeekapseln und Marken-Mineralwasser will der Konzern in Russland nicht mehr verkaufen. Zudem hat Nestlé seine Investitionen in Russland eingestellt und verzichtet auf Werbung. Die Steuern, die Nestlé in Russland zahle, seien nicht so hoch wie behauptet, heißt es vom Unternehmen. Nach eigenen Berechnungen des Konzerns liegen sie deutlich unter 100 Millionen Schweizer Franken. Bislang erwirtschaftet der Konzern rund zwei Prozent seines Gesamtumsatzes in Russland.

Auch der Danone-Konzern produziert und vertreibt weiterhin Milchprodukte und Babynahrung auf dem russischen Markt. Die Franzosen begründen dies - ähnlich wie Nestlé -

mit ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Der Konkurrent Unilever fährt ebenfalls zweigleisig. Die Briten haben zwar ihre Exporte gestoppt, liefern aber weiter ihre in Russland hergestellten Grundnahrungsmittel und Hygieneartikel. Und selbst der Pepsi-Konzern PepsiCo bleibt teilweise in Russland engagiert und verkauft noch Babymilch. Brause und andere Softdrinks dagegen will er nicht mehr nach Russland liefern.

### **Angst vor Verstaatlichung und Vergeltungsmaßnahmen**

Ob Nestlé, Unilever, PepsiCo oder auch Pharmafirmen wie Roche - sie alle begründen ihre Russland-Geschäfte damit, dass sie lebenswichtige Güter wie Lebensmittel oder Medikamente lieferten. Ein Rückzug schade nur der Bevölkerung. Allerdings dürfte es auch einen weiteren, sehr handfesten Grund für das Festhalten der Konzerne am russischen Markt geben: die Angst vor einer Verstaatlichung von Fabriken und Vergeltungsmaßnahmen. Würde die Produktion angehalten oder eingestellt, könnte Moskau eingreifen.

Kreml-Herrscher Wladimir Putin hat bereits mit der Enteignung von Vermögenswerten von Unternehmen gedroht, die ihre Tätigkeit im Land einstellen. Und: Russische Staatsanwälte sollen gewarnt haben, dass Mitarbeiter verhaftet und strafrechtlich verfolgt werden könnten, wenn die Produktion lebenswichtiger Güter nicht gewährleistet ist.

Die Kritik an Nestlé & Co wirft die alte Frage auf, wie moralisch Unternehmen handeln müssen. Dürfen sie in Kriegsgebieten noch Geschäfte machen? Wirtschaftsethiker verweisen auf die verantwortungsvolle Rolle der Konzerne als "Corporate Citizen". Unternehmen, die jetzt nicht aus Russland herausgehen, verlieren ihre soziale Akzeptanz.

### **"Hall of Shame" in den USA**

Andere argumentieren, die Kritik an Lebensmittel-Konzernen lenke ab von der Debatte über ein mögliches Embargo von russischen Gas- und Ölimporten. Zudem stünden Babymilchpulver und Frühstücksflocken nicht auf der Sanktionsliste. Allerdings bleibt die Frage, ob Sanktionen nicht nur dann wirksam sind, wenn ihre Folgen auch im Alltag vieler Menschen spürbar sind. Und wo die Grenze zu ziehen ist zu lebensnotwendigen Gütern. Der frühere Nestlé-Chef Peter Brabeck sagte einst: "Es gibt ein Menschenrecht auf Wasser, aber nicht auf einen gefüllten Swimming Pool."

Noch hält sich der öffentliche Druck gegen die Lebensmittel-Konzerne in Grenzen. Er könnte aber rasch zunehmen, wenn Russland Angriffe auf das Nachbarland so heftig bleiben oder das Leid der Ukrainer sogar noch zunimmt. Besonders in den USA stehen die Konzerne unter ständiger Beobachtung. Dort geht die Kritik an den Firmen, die in Russland weiter aktiv sind, schon jetzt viel weiter als in Deutschland. In einer als "Hall of Shame" bezeichneten Liste etwa haben Wissenschaftler der Universität Yale die Unternehmen aufgelistet, die an Geschäften im russischen Markt festhalten. Aktuell nennt sie 74 Konzerne. Zu diesen Firmen gehören auch einige Pharmahersteller. Der Schweizer Novartis-Konzern betreibt noch Produktionsstätten im Land. Bayer, Pfizer und Eli Lilly haben Teile ihrer Russland-Aktivitäten eingestellt, liefern aber weiterhin Medikamente für Krankheiten wie Diabetes oder Krebs. Und auch das hessische Unternehmen Stada, das stark von Umsätzen in dem Land abhängt, will bislang an Lieferungen nach Russland festhalten.

## 8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

### Zahlungsmodalitäten in der Ukraine – Übersicht der deutschen Botschaft

Der Zahlungsverkehr wird derzeit durch den Erlass der Nationalbank der Ukraine Nr. 18 vom 24.02.2022 zum Funktionieren des Bankensystems während der Geltung des Kriegsrechts geregelt. Der aktuelle Text des Erlasses ist hier zu finden:

<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/v0018500-22#Text>

Punkt 14 des Erlasses (Zusammenfassung):

Finanzeinrichtungen wird verboten, Devisenüberweisungen ins Ausland im Auftrag ihrer Kunden zu tätigen. Die Ausnahmen sind:

- Eigene Überweisungen der Banken, einschl. Abrechnungen mit Zahlungssystemen;
- Bezahlung des Imports der Waren und Dienstleistungen aus der Liste des kritischen Imports. *(Die Liste wurde durch die Verordnung des Ministerkabinetts Nr. 153 vom 24.02.22 bestätigt und wurde seitdem 10 Mal ergänzt. Es gibt keine einheitliche Übersicht. Man muss in jedem Einzelfall alle 11 Kabinettsverordnungen prüfen. Die Liste ist derzeit sehr umfassend).*
- Devisenüberweisungen der internationalen Finanzorganisationen;
- Devisenüberweisungen zwecks Gewährleistung der Verteidigung und Sicherheit;
- Bezahlung der medizinischen Behandlung, Transport im Zusammenhang mit der Behandlung und Bestattungskosten im Ausland;
- Überweisungen aufgrund der Sondergenehmigungen der NBU auf Antrag des Ministerkabinetts und Behörden;
- Überweisungen an diplomatische Vertretungen der Ukraine im Ausland;
- Abrechnungen im Ausland mithilfe von elektronischen Zahlungsmitteln (d.h. Bankkarten).

**Ukrainische Firmen oder Privatpersonen dürfen ihre Bestellungen im Ausland grundsätzlich nur dann per Überweisung bezahlen, wenn diese Waren oder Dienstleistungen auf der Liste des kritischen Imports des Ministerkabinetts stehen. Waren und Dienstleistungen, die auf der Liste nicht stehen, dürfen nicht bezahlt werden, auch wenn sie vor dem Krieg tatsächlich geliefert wurden.**

Für die Abhebung von Devisen in Bar gilt als Äquivalent die Obergrenze von 30.000 UAH pro Tag. Für die Überweisungen in UAH gibt keine Beschränkungen. Die Obergrenze für die Abhebung von UAH ist 100.000 pro Tag.

Hier finden Sie eine Übersicht des Erlasses der Beratungsfirma KMP auf Russisch, in der weitere Aspekte des aktuellen Zahlungsverkehrs dargestellt sind.

<https://kmp.ua/ru/analytics/infoletters/which-foreign-exchange-transactions-and-settlements-with-non-residents-are-allowed-during-martial-law/>

-----

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaI@dtek.com](mailto:ZdorevskaI@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

-----

## 9. Hilfsaktionen

### Luftbrücke nach Moldau – Sponsoren gesucht

Projekt des Auswärtigen Amts mit dem DIHK: Gesucht werden Unternehmen, die zur Bewältigung der Flüchtlingsströme in Moldau Finanzmittel zur Verfügung stellen. Es geht um Flüge aus Moldau nach Deutschland/in die EU. Es gibt dazu ein Spendenkonto des Auswärtigen Amts, um eine Luftbrücke aus Moldau zu bewerben, weitere Infos unter #Wirtschafthilft. Es geht darum, Geld für die Flüge aus Moldau nach Deutschland zu sammeln. Der erste Flug wird bereits von der Lufthansa gesponsort. Moldau ist aktuell erheblich mit Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Mit Angriffen auf Odessa könnte das Problem in Kürze noch gravierender werden. Hier wird auf konkrete Hilfe von Unternehmensseite gehofft.

-----

### EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/commission/press-room/detail/2022-03-17/stl-massnahmen-unterstuetzung-ukraine-geschaedigte)

-----

### Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF\\_Schreiben/Weitere\\_Steuert\\_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html)

### Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#### #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -

angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

### **Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses**

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

### **Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite [www.jobs.gu-dp.com](http://www.jobs.gu-dp.com). Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

### **Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: [info@rotary-platz-der-republik.berlin](mailto:info@rotary-platz-der-republik.berlin)

### **Spenden für Hilfstransporte**

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de)).

-----



## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

### Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: [www.unterkunft-ukraine.de](http://www.unterkunft-ukraine.de) (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](https://www.rotary.org/ukraine); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Kostenloser Sprachkurs des Goethe-Institut für Flüchtlinge (Kontakt): [julia.franziska.mahnkopf@goethe.de](mailto:julia.franziska.mahnkopf@goethe.de)
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>

- Handout für Ankommende in Berlin:  
<https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:  
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](http://germany4ukraine)

-----

### **Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte**

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: [schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com](mailto:schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com)

[https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490)

-----

### **Materialwirtschaft/Logistik**

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](http://InfoPoint:Ukraine-Konflikt-BME.e.V.)

-----

### **Lebensmittel**

**BMEL:** Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine  
Kontakt: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de).

-----

### **Medizinische Güter**

## **SPENDENAUFUF**

**Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels**

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten



Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine

Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

---

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfeersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

---

## **Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

[iwanttohelpukrainians@gmail.com](mailto:iwanttohelpukrainians@gmail.com)

---

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses  
möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,  
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach  
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen  
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich  
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere  
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht  
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das  
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen  
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das  
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

### Weitere Links von Initiativen:

#### **Spenden an Aktion Deutschland Hilft**

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

-----

#### **Unicef**

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.de/ukraine-krise-krieg-in-der-ukraine-bedroht-millionen-kinder)

-----

#### **Unterstützung für Berichterstatter**

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

-----

### **MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

-----

### **Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

-----

### **Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)**

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Kontakt:

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

